

HANS MISSELWITZ

## Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen – das neue Selbstbewußtsein der Ostdeutschen

### *Ein Blick zurück*

Vor ziemlich genau sieben Jahren, am 15. Januar 1990, besetzten Demonstranten die Zentrale der Staatssicherheit der DDR in der Berliner Normannenstraße. Vorausgegangen war ein Ultimatum der Opposition am Zentralen Runden Tisch gegen die Einrichtung eines neuen Sicherheitsdienstes. Hans Modrow hatte bereits am Morgen jenen Tages vor den Teilnehmern des Runden Tisches eingelenkt. Er bot dem Runden Tisch eine Zusammenarbeit mit der Regierung in allen Fragen an. Die Gefahr eines Gegenputsches war gebannt. Regierung und Opposition beschlossen am 18. Januar am Runden Tisch, »alle Gesetzesentwürfe, die die Verfassung und die Eigentumsverhältnisse in der DDR ... berühren«, nicht ohne den Runden Tisch und eine Beteiligung der Öffentlichkeit zu beschließen.

Was formell der Durchbruch, der unumkehrbare Sieg der Revolution war, scheint heute kaum noch der Erinnerung wert. Von heute aus gesehen war die Zeit über die Akteure jener Tage hinweggegangen. Regierung und Opposition machten noch ihre Hausaufgaben, während in den Planungsstäben der Vier Mächte und in Bonn hektisch an einem Verfahren über die Herstellung der deutschen Einheit gebastelt wurde. Der Machtwechsel in der DDR stand schon nicht mehr zur Debatte. Die Revolution kam zu spät. Den Revolutionären blieb nur noch das Nachsitzen.

Einer von den Akteuren der damaligen Opposition steht heute einer ziemlich großen Bundesbehörde vor – übrigens der nach Ausstattung höchstrangige ostdeutsche Behördenchef im Bund, eine Ausnahmeerscheinung derart, daß die Behörde landläufig gleich seinen Namen trägt. Joachim Gauck, der die Errungenschaft jenes Januar-Ereignisses von 1990, die Inbesitznahme der Hinterlassenschaft der Stasi hütet, zog in einem Interview vor dem Jahreswechsel 1996/97 Bilanz und merkte kritisch an, »daß im Westen die Bewohner der ehemaligen DDR vielfach als ein ›Volk von Verrätern und Spitzeln‹ angesehen würden. Dabei hätten »unglaublich viele Menschen Nein gesagt...« (Berliner Zeitung, 30. 12. 1996, S. 7)

Was ist geschehen, daß es einer derartigen Klarstellung bedurfte?

Der Berliner Soziologe Wolf Lepenies sprach einmal von einer »unerhörten Begebenheit« im Rückblick auf die Ereignisse von 1989/90. So ist es. Der Doppelsinn des Wortes »unerhört« ist augenfällig: Zunächst übersetzte man es mit den Worten »Wunder«

Hans Misselwitz – Jg. 1950, Oppositioneller in der DDR; 1990 Parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium der DDR, Vertreter der DDR bei den 2+4-Verhandlungen. Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg.

und »Wahnsinn«. Das »Wunder« steht für das unerwartete Geschehen, war ein Wort für ein Geschenk, das Wirken einer höheren Macht. Und »Wahnsinn« steht für einen Zustand, bei dem es nicht mit rechten Dingen zugeht. Die Sprachlosigkeit gegenüber den Ereignissen spiegelt den Beobachterstandpunkt wider, nicht den der Akteure. Es ist nicht die Sprache der Revolution. Sie hat, wie damit festzustellen ist, die Deutungsmacht über die Verhältnisse verloren. Und das schon ziemlich früh. Genauer: am 9. November 1989. Deshalb wird nun im Nachhinein von diesem Datum gesprochen und nicht etwa vom 15. Januar 1990.

Die Rede von der »unerhörten Begebenheit« bezeichnet aber noch etwas anderes. Der zweite Sinn des Wortes zielt auf die nicht verstandene Verheißung jener Tage und Wochen, auf eine Ignoranz, die sich bis heute eher verstärkt, als daß sie abnimmt. Wie anders wäre denn die hilflose Klarstellung von Joachim Gauck zu verstehen, daß die Bewohner der ehemaligen DDR kein »Volk von Spitzeln und Verrätern« seien? Vergessen ist folglich, daß es da einmal ein Volk gab, das selbstbewußt »Wir« sagte und sich als demokratisches Subjekt verstand. Im Lichte der öffentlichen Meinung und der vorherrschenden Deutungsmacht über das Geschehen hat sich eine Version der Geschichte durchgesetzt, die einem offensichtlichen Bedürfnis dient: die Misere des Ostens zu erklären. Das Schema von Opfern und Tätern, von Schulden und Schuld prägt weithin das westliche Verständnis für den Osten. Der geistige Graben zwischen West und Ost ist so tief wie nie zuvor.

Der Graben zwischen Ost und West droht nicht nur vorübergehend ein Ausweis der noch unvollendeten deutschen Einheit zu sein, sondern sich selbst bestätigend zum manifesten Hindernis zu werden. In Bulgarien, so hieß es diese Woche in einem Bericht, erzähle man sich derzeit folgenden Witz: Anfrage an den Sender Jerewan – »Haben wir inzwischen die Talsohle im Land erreicht?« – Antwort: »Im Prinzip Ja. Aber es wird noch emsig weitergegraben.« In einer solchen Situation ist es immer gut, sich an den Anfang zu erinnern. Für die Mehrheit der Deutschen und im Hinblick auf das wichtigste Ergebnis, ihr reales Zusammenleben in einem Staat, war es der 9. November 1989. Die Menschen nahmen damals vorweg, was ein Jahr später amtlich werden sollte. Heitere Festtagsstimmung herrschte auf Berliner Straßen und Plätzen, Freundlichkeit unter einander fremd gewordenen Leuten, grenzenlose Freizügigkeit. Die Erfahrung der Grenzüberschreitung als Akt der Selbstverständlichkeit hatte das Volk allen Machthabern voraus.

Es war eine Zeit voller Verheißung. Es war – das mag pathetisch klingen – eine Art unverhoffter »Völkerfrühling« in jenem Herbst 1989, als die Berliner Mauer gefallen war. Was bleibt von jenem »unerhörten« Vorschub auf eine gemeinsame Zukunft? Ist die auf guten Glauben geleistete Anzahlung auf einen Systemwechsel noch etwas wert? Was zählt die weiche Währung wechselseitiger Sympathie, Anerkennung und Solidarität von damals im heutigen Konflikt um knappes Geld? Wieviel ist von jenem Kredit der Großzügigkeit übriggeblieben, eingegangen in der Hoffnung auf die Teilhabe aller?

Der staatliche Rahmen der deutschen Einheit ist fest und unwiderruflich. Der Systemwechsel ist abgeschlossen. Seit dem 3. Oktober 1990 hat ein tiefgreifender, alle Lebensbereiche der Ostdeutschen erfassender Umbruch stattgefunden. Nach der Errichtung einer rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung auf dem Wege der Gesetzgebung und der Umwandlung der Eigentumsverhältnisse gilt nur noch der Umbruch der Wertemuster im Osten als unabgeschlossen. Die Menschen im Osten gehen allerdings auf wachsende Distanz. Sollte das – in Abwandlung zu jenem berühmten Wort von Willy Brandt vom 10. November 1989 – bedeuten: Es gehört eben nicht zusammen, was nicht zusammenwachsen will?

*Was steht auf dem Spiel? Wird dieses Deutschland die geschichtlichen Lehren beherzigen, die es aus seiner Teilung ziehen mußte?*

Als der nüchterne Kanzler Bismarck 1871 nach dem Friedensvertrag von Frankfurt am Main sein Einigungswerk »von oben« auf das Erreichte beschränkte, meinte er, Deutschland sei nun »saturiert«. Außenpolitisch strebte er nach einer Balance der Interessen im »europäischen Konzert«. Im Unterschied dazu führte eine Innenpolitik der Dominanz Preußens, der kulturellen und administrativen Hegemonie nach Gründerjahren und Gründerkrähen in eine Zeit des Kulturkampfes und der Sozialistengesetze. Für die verfehlt innere Einheit suchte nach Bismarcks Abgang bald dasselbe Deutschland Ersatz in einem »Platz an der Sonne« nach der Melodie »Deutschland, Deutschland über alles in der Welt«.

Deshalb ist es wichtig, die entscheidenden Unterschiede der neueren Geschichte hervorzuheben und nicht zu vergessen! Die deutsche Vereinigung von 1990 verdankt sich weder einer linksrheinischen Revanche auf die Bismarcksche Einheit »von oben«, noch einer nationalen Erhebung der Besiegten gegen die Sieger. Sie war, im Unterschied zu 1871 und 1933, vor allem das Ergebnis einer demokratischen Bewegung von unten, ja, diese suchte dabei mit der Idee einer gemeinsamen Verfassungsgebung sogar an das Jahr 1848 anzuknüpfen. Die Einheit von 1990 war im Unterschied zur Hitlerschen Revisionspolitik gegenüber dem Versailler Vertrag dadurch gekennzeichnet, daß sich das Verhältnis zu den ehemaligen Siegern im Geist der Kooperation und des Ausgleichs, der europäischen Einbettung und der militärischen Abrüstung gestaltete. Dies festzustellen bedeutet nicht wenig: Es geht darum, den Vorrang von Demokratie vor Einheit, den Vorrang von Europa vor Nation festzuhalten.

Daß es sich bei der deutschen Vereinigung von 1990 wiederum wie 1848 um eine sogenannte »Parallelaktion« handelte – Demokratie und Einheit der Nation als die zwei Seiten einer Medaille zu vollenden, ist die eigentliche historische Dimension der Frage nach der »Vollendung der deutschen Einheit«. <sup>1</sup> Ob sich die »Demokratielinie« und die »Einheitslinie« diesmal in der deutschen Geschichte fest miteinander verschmelzen lassen, ob die Überwindung der innerdeutschen Gräben als eine Herausforderung für die deutsche Demokratie, die Reife und Zukunft seiner politischen Kultur angenommen wird, ist der Kern der deutschen Frage.

1 Vgl. Klaus Hartung: Neunzehnhundertneunundachtzig. Ortsbesichtigungen nach einer Epochenwende, Hamburg-Zürich 1990, 1992, S. 160.

Das erklärt, warum es im Streit zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen zuweilen weniger um die Zukunft als um die Vergangenheit geht. Die Frage, wie Deutschland die Überwindung seiner geteilten Geschichte interpretieren wird – ob als Teil der Wiederherstellung einer demokratischen, europäischen Zivilisation oder als Wiedergeburt einer nationalen, deutschen Macht – ist somit von größter Bedeutung. Der Schlüssel für die Antwort auf diese Frage liegt nicht zuletzt in der Deutung der Ereignisse von 1989.

*Mit dem Gesicht nach Westen: Die deutsche Einheit als Element einer europäischen Bewegung*

Am Anfang der Herbstereignisse von 1989 stand in der DDR die Losung: »Ein offenes Land für freie Menschen«. Leipziger Demonstranten trugen sie am 4. September 1989 auf einem Transparent aus einer Kirche auf die Straße. Diejenigen, die dies zuerst forderten, sahen für sich die Zukunft im Westen. Sie stießen aber in einem entscheidenden Moment eine Tür auf, die ungeahnte Kräfte freisetzte und in einen demokratischen Aufbruch in ganz Mittel- und Osteuropa mündete.

Das Motto »Ein offenes Land für freie Menschen« stand für das Programm der europäischen Wende von 1989, der »Rückkehr« des Ostens nach Europa. Der Westen war das Synonym für Teilhabe an Freiheit und Wohlstand, für eine Vorstellung vom besseren Leben. Der Wunsch, Anschluß an den Westen zu finden, war also kein Ausdruck nationaler Einheitsphantasien, sondern einer ersehnten europäischen Identität. Von Warschau bis Sofia und von Prag bis Kiew entzog die Bewegung »Rückkehr nach Europa« der europäischen und damit der deutschen Teilung die Grundlage. Es war nicht die Idee der nationalen, sondern die Idee der individuellen Selbstbestimmung, das Streben nach persönlichem Glück und freier Entfaltung, die am Anfang dieser jüngsten europäischen Zeitenwende standen. Es war der Traum vom »Pursuit of Happiness«, jener in der europäisch-atlantischen Zivilisation seit 200 Jahren verankerten Vorstellung von Freiheit und Teilhabe an einem diesseitigen Gelingen.

Die Glaubwürdigkeit jener organisierenden Idee des Westens steht heute quer durch Europa auf dem Prüfstand. Die Praxis des westlichen Wohlfahrtsstaates, die sich als erfolgreicher erwies als das realsozialistische Experiment des Ostens, steht im Westen zur Disposition ehe sie im Osten verwirklicht wurde. Der Osten ist im System der internationalen Arbeitsteilung auf das Niveau der Entwicklungsländer zurückgefallen und dürfte über lange Zeit das Armenhaus Europas bleiben. Die Offenheit der westlichen Gesellschaften, ihre daraus auf ganz Osteuropa wirkende Attraktivität, droht in der Wiederbelebung nationaler Egoismen und vergessen geglaubter historischer Rechnungen steckenzubleiben. Neue Grenzziehungen ethnischer, wirtschaftlicher und militärischer Art sind bereits Realität oder in der Debatte. An die Stelle von Freizügigkeit und wirtschaftlicher Teilhabe tritt immer mehr eine Erfahrung von Europa, das soziale Ungleichheiten vertieft und zwischen Nationen alte kulturelle und ideologische Teilungen wiederbelebt. Deutschland ist in dieser Hinsicht nur der Modellfall eines sich fortsetzenden West-Ost-Gefälles.

Das Gelingen des demokratischen Wandels in Mittel- und Osteuropa, einschließlich Ostdeutschlands, wird davon abhängen, ob das neue System eine Balance zwischen offenem Wettbewerb und wirtschaftlich-kultureller Selbständigkeit und Selbstbestimmung erlaubt. Die Feststellung von nun 15 bis 20 Jahren wirtschaftlichen Rückstandes allein in Ostdeutschland ist wohl eine Tatsache. Eine hinreichende Antwort auf das, was auf dem Spiel steht, ist das noch nicht. Denn, wenn die Generation, die sich die Freiheit nahm, wirklich schon die »verlorene Generation« darstellen sollte, heißt das, vor den Augen ihrer Kinder die Errungenschaften der Demokratie zu demontieren, den Vorrang von Freiheit gegenüber Sicherheit, von Offenheit gegenüber Ausgrenzung zu diskreditieren.

*Wiederkehr der Geschichte oder wieviel Einheit braucht das Land?*

Die Namen der ostdeutschen Städte Hoyerswerda und Rostock stehen beispielhaft für die Brüchigkeit von Zivilität und Solidarität. Aber sie stehen nicht isoliert, sondern neben Mölln und Solingen im Westen als Synonyme nationalistischer und fremdenfeindlicher Gewalt. Die Gefahr des reaktionären Protestes gegen eine Gesellschaft, die im offenen Wettbewerb Verluste an sozialer und wirtschaftlicher Gleichheit, Status und Perspektive zufügt, gilt für Ost und West.

Vorläufig haben die radikalen Auswirkungen der ökonomischen, sozialen und kulturellen Westintegration bei den Ostdeutschen vor allem ein deutliches anti-westdeutsches Ressentiment hervorgebracht und damit verbunden eine gewachsene Distanz zu den von der Bundesrepublik übernommenen politischen Institutionen, Organisationen und Verfahren. Eine Folge der damit verbundenen ostdeutschen politischen Vertretungslücke<sup>2</sup> und damit einer unzureichenden Vermittlung spezifischer Interessenlagen ist die Wiederbelebung der PDS. Die PDS profitiert davon, daß die politische Repräsentanz ostdeutscher Eigeninteressen im Rahmen des westlich dominierten Parteiensystems nur mittelbar funktioniert.

Trotz der Einbettung des Umgestaltungsprozesses in die Rechtsordnung Westdeutschlands, die ein hohes Maß an politischer Stabilität garantierte und trotz des Anschlusses an eine hochentwickelte Wirtschafts- und Sozialordnung, die für weite Teile der Bevölkerung zunächst soziale Absicherung und wirtschaftliche Zugewinne brachte, signalisiert das schiere Überleben der PDS mehr als ein mentales Problem. Das wird sich in dem Maße verstärken, wie die wirtschaftliche Integration als Instrument der politisch-kulturellen Integration hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Das heißt, je mehr das Modell einer ökonomisch-stimulierten Akzeptanzbeschaffung für die Demokratie, die Wiederholung des westdeutschen Wirtschaftswunders unwahrscheinlich wird, desto mehr braucht es bei anhaltendem Zurückbleiben der Entwicklung im Osten eine politisch gestützte Akzeptanz der Demokratie. Es ist deshalb durchaus von Bedeutung, ob die PDS als Medium einer kritischen Erfahrung mit der deutschen Einheit sich als demokratischer Mitspieler qualifizieren kann oder ob sie, an den Rand gedrängt, eine wachsende Klientel radikalisiert.

Mehr als das Phänomen PDS muß daher zunächst die drastisch

2 Vgl. Heidrun Abromeit: Die »Vertretungslücke«. Probleme im neuen deutschen Bundesstaat, in: Gegenwartskunde 42 (3), S. 282-292; Helmut Wiesenthal: Blockaden, Asymmetrien, Perfektionsmängel. Ein Vergleich der Repräsentationschancen sozialer Interessen im Transformationsprozeß, Arbeitspapier 93/5 der AG Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern der Max-Planck-Gesellschaft.

3 Angaben nach:  
 Leben 95. Leben in  
 Ostdeutschland. Daten  
 und Feldbericht. Empirisch-  
 methodische Arbeitsgruppe  
 am Sozialwissenschaftlichen  
 Forschungszentrum Berlin-  
 Brandenburg, Berlin 1995.

verschlechterte Einstellung der Ostdeutschen zu den demokratischen Institutionen und Partizipationsmöglichkeiten nachdenklich machen. Empirische Erhebungen zeigen, daß seit 1990 ein ständig schwächer werdendes Potential für eine aktive demokratische Mitgestaltung zur Verfügung steht. Es hat sich bis 1995 ebenso halbiert wie die positive Einstellung zum pluralistischen Parteiensystem. Hielten im Jahr 1990 fast 90 Prozent die Parteien für »wichtig«, so sind es 1995 nicht einmal mehr die Hälfte. Zufrieden mit den etablierten demokratischen Institutionen sind nur noch ein Viertel der Ostdeutschen.<sup>3</sup>

Wie kann man die Ressourcen für eine stärkere Motivation zur demokratischen Mitwirkung wieder freisetzen? Verschüttet wurden sie gleichwohl in selbstverschuldeter Haltung ostdeutscher Unterwerfung, wie auch durch westdeutsche Arroganz und Ignoranz. Wenn sich heute dagegen eine noch widersprüchliche Form ostdeutschen Selbstbewußtseins äußert, so steckt darin auch ein produktives Potential, das auf mehr Gestaltungsfreiheit und Verantwortung drängt. Die westdeutsche Öffentlichkeit und weite Teile der deutschen Politik gehen allerdings angesichts solcher Zumutungen lieber auf Distanz.

Hier liegt die eigentliche Aufgabe: Die Politik muß den langen Atem für eine Einheit, in der Verschiedenheit willkommen ist, erst noch entdecken. Sie muß für die Einlösung der Teilhaberechte einer anders geprägten Teilgesellschaft und für die Integration der historischen Erfahrung des Ostens Raum bieten. Aber gerade dies verweigert sie bisher aus ideologischen Gründen. Voraussetzung für eine solche Politik ist die Abkehr von einem Konzept der sogenannten »nachholenden Modernisierung« des Ostens, von einer Politik, die alle ostdeutschen Besonderheiten als Defizite deutet.

*Ostdeutsche Identität – ein unfreiwilliges Vereinigungsprodukt*  
 Seit »Der Spiegel« im Sommer 1995 eine ganze Reihe von Beiträgen rund um das Thema »DDR-Nostalgie« veröffentlichte, hält die Debatte um die sogenannten »Befindlichkeiten« der Ostdeutschen an. Als ob man es mit einer paranoiden Erscheinung zu tun hätte, ergeht sich die öffentliche Meinung in verwirrten Analysen eines paradoxen Bildes: Obwohl die Ostdeutschen mehrheitlich betonen, ihre wirtschaftliche Lage habe sich seit der Vereinigung verbessert, sind sie zunehmend vom Verlauf des Einigungsprozesses enttäuscht und gar zu drei Vierteln der Meinung, »Bürger 2. Klasse« in Deutschland zu sein. Dieselben neuen Bundesbürger sind nun wieder »stolz auf ihr Leben in der DDR« und halten dafür, daß in sieben von neun wichtigen gesellschaftlichen Lebensbereichen die Verhältnisse in der DDR besser waren, als sie im vereinten Deutschland sind. Damit hat sich bei den Ostdeutschen ein tiefgreifender Meinungsumschwung über die Zustände im Westen eingestellt, der sich nicht nur auf alte ideologische Vorurteile, sondern Erfahrung gründet. Sonst wären 1990 dieselben Ostdeutschen nicht bereit gewesen, die Bundesrepublik in wenigstens sechs von neun Vergleichsfeldern für überlegen zu halten!<sup>4</sup>

Die Wiedergeburt eines ostdeutschen Wir-Gefühls ist eine Reaktion auf die Begleitumstände des Vereinigungsprozesses. Der

4 Der Spiegel, Nr. 27/  
 3.7.1995: »Stolz aufs  
 eigene Leben«. Die  
 Angaben stammen aus  
 einer im Auftrag der Zeit-  
 schrift durchgeführten  
 Trend-Studie des Meinungs-  
 forschungsinstitutes Emnid.



Einstellungswechsel zeichnete sich allerdings schon seit 1992 ab.<sup>5</sup> Meinungsforscher deuten die Befunde so, daß die Ostdeutschen nach der Phase der Glorifizierung des Westens und einer Phase der resignativen Ernüchterung bis 1994 mit einem neuen Selbstbewußtsein reagieren: »Wo früher nur verschämt Aufklärung geleistet wurde, stehen die Ostdeutschen nun zu ihrer Vergangenheit, vor allem aber zur Selbstbestimmung ihrer Zukunft.«<sup>6</sup>

Warum tut sich die deutsche Öffentlichkeit mit dieser Entwicklung so schwer? Man hat sich auf beiden Seiten einer Täuschung hingegeben. Der Beitritt der DDR erschien vielen Ostdeutschen als Chance der kollektiven Auswanderung aus einer gescheiterten Geschichte. Und die Westdeutschen glaubten gern, die Ostdeutschen seien nur eine über vierzig Jahre verhinderte Spezies der eigenen Art geblieben, weil man den Osten immer weniger zur Kenntnis genommen hatte. Man tat beiderseits so, als schriebe der Osten im Jahr 1990 das Jahr Null. Das bedeutete auf der anderen Seite, die Besonderheiten des Ostens durchweg als Defizite zu bewerten. Alles im Osten Gewachsene erschien in den Kategorien von Schuld und Schulden.

Die Schulden tragen inzwischen alle zusammen. Damit wird aber die Last der Schuld, die der Osten allein trägt, umso schwerer. Die Vermischung von moralischer Haftung und materieller Abhängigkeit ist das Besondere der ostdeutschen Lage, die verglichen mit den anderen postkommunistischen Ländern zwar materiell privilegiert, psychologisch aber viel komplizierter ist. Das ostdeutsche Nachwende-Schicksal hatte eine große Gemeinsamkeit: die politisch-moralische Neubewertung der Biographien und daraus ganz praktisch folgend die Abwertung von Qualifikationen. Die kollektive Erfahrung der Entwertung der Arbeitsleistungen oder Lebensziele, die in der DDR etwas bedeuteten, erzeugte aus sehr verschiedenen Ostdeutschen in der Bundesrepublik ein historisch verwurzelttes Erfahrungskollektiv. Obwohl diese sogenannte Ostidentität nach innen eher schwach, weil nur sehr begrenzt solidarisationfähig ist, wirkt sie nach außen, auf die westdeutsche Gesellschaft und mobilisiert alte Stereotypen des Umgangs mit dem »roten Osten«.

Wenn es so ist, daß die kollektiven Erfahrungen, die Geschichte, die Ostdeutschen mehr binden und verbinden als ihnen gelegentlich lieb ist, dann wird klar, daß es ein kulturelles Problem gibt, das bei Ignoranz oder Mißbrauch durch die Politik nicht folgenlos bleiben wird. Der Berliner Soziologe Wolf Lepenies sprach schon von den »unbeabsichtigten Folgen eines demographischen Zynismus«, der heute auf das Ab- und Aussterben der noch in der DDR geborenen Generation setzt. Ein solches Konzept riskiere nicht nur die Verweigerung der älteren, sondern auch der jüngeren ostdeutschen Generation gegenüber gemeinsam gültigen politisch-moralischen Werten. Lepenies mahnt daher: »Die Entlegitimierung von Biographien verbaut Zukunftsperspektiven...Durch die Entlegitimierung von Lebensläufen treffen wir zunächst einzelne. Wir schwächen damit zugleich die allgemeine Zustimmungsfähigkeit für unsere neue, gemeinsame Demokratie.«<sup>7</sup>

Die wachsende ostdeutsche Verweigerung einseitiger morali-

5 Elisabeth Noelle-Neumann: Aufarbeitung der Vergangenheit im Schatten der Stasi, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 181, 6. August 1992, S. 8.

6 Klaus-Peter Schöppner in: Berliner Zeitung, 1. August 1995, S. 4.

7 Wolf Lepenies, a. a. O., S. 88.

scher wie politischer Schuldannahme folgt der Erfahrung auf dem Fuß, daß Urteile über das Leben in der DDR sich nur sehr selten die Mühe machen, diejenigen Bedingungen zu würdigen, die im historischen Kontext Entscheidungen und Haltungen rechtfertigen. Verständnis für die historischen Identitäten, die in der DDR gesucht und gefunden wurden, setzt die Bereitschaft voraus, die Motive und den Rahmen individuellen Handelns im geschichtlichen Raum »DDR« erst einmal anzuerkennen.

*Vollendung der Einheit – Wer hat die Deutungsmacht über das kollektive Gedächtnis?*

Längst ist klar, daß die Ostdeutschen auf Grund ihrer geschichtlichen Erfahrungen eine von den Westdeutschen abweichende Deutung der Lage entwickeln. Die objektiven Ursachen dieses Phänomens liegen in der Verarbeitung dreier Erfahrungen: Erstens in der Entdeckung der Zukunft in der Erfahrung des geschichtlichen Wandels; Zweitens in der Entzauberung der Gegenwart durch die Aneignung der neuen gesellschaftlichen Realität; und Drittens in der Wiederentdeckung der Vergangenheit als biographisch-kulturellem Besitz.

Wo dies als Ausdruck eines neuen Selbstbewußtseins in die öffentliche Debatte eingreift, bricht notwendigerweise ein Dissens auf, der über die unterschiedliche Bewertung der jüngsten Geschichte hinausweist. Dieser Dissens läßt sich eben nicht auf ein landsmannschaftliches oder gar folkloristisches Sondergut nach der Art »Wir sind Sachsen, ihr seid Bayern« reduzieren. Das neue ostdeutsche Selbstbewußtsein ist im Kern ein vom westdeutschen abweichendes Geschichtsbewußtsein, das erst im Ergebnis der deutschen Vereinigung sich seiner selbst vergewisserte.

Die Anerkennung der DDR-Geschichte als Bestandteil deutscher Geschichte steht noch aus. Es gab keine »Stunde Null«, wie »Der Spiegel« am Tag Eins der Währungsunion 1990 sein Heft betitelte. Die Ostdeutschen haben, wenn auch von der Mehrheit zunächst vergessen, ihre Vergangenheit in die Zukunft des neuen Deutschland mitgenommen. Und sie beanspruchen mit Recht, daß das vereinte Deutschland an dieser Erfahrung teilnimmt.

Die DDR war in der konkreten Lebenserfahrung des Einzelnen vielgestaltig und keineswegs nur von Politik und Ideologie bestimmt. Auf eine besondere Weise hat sie die Vorgeschichte des Deutschland der ersten Jahrhunderthälfte beerbt und verarbeitet, wie zunächst die Bundesrepublik auch. Beide widerspiegeln in der staatlichen Teilung noch einmal den Antagonismus der politischen Lager der Weimarer Republik. DDR und BRD repräsentierten nach 1945 je einen Zweig der Links-Rechts-Polarisierung der deutschen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit. Diese war grob durch die unversöhnlichen Lagermentalitäten des Antifaschismus und des Antikommunismus der Zwischenkriegszeit gekennzeichnet. Durch den Ost-West-Konflikt wurden beide geographisch voneinander getrennt. Die wechselseitige ideologische Stabilisierung der beiden Deutschländer konnte erst seit Anfang der siebziger Jahre mit der neuen Ostpolitik und einem Generationswechsel allmählich durchbrochen werden.



Im Ende der Geschichte der DDR liegt somit eine gewisse Logik. Mit ihr kehrt auch eine Traditionslinie der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts wieder unter ein gemeinsames Dach. »Deutschland als ganzes«, wie es von den Vier Mächten bis 1990 doppelt aufgehoben wurde, wird erst dann seine innere Einheit finden, wenn es auch seinen bis heute im Westen aufgehobenen alten ideologischen Antagonismus bewältigt haben wird. Diese für die deutsche Demokratie entscheidende Aufgabe liegt noch vor uns.